

„Wie aus guten Ideen erfolgreiche Projekte werden ...“

Leitfaden für Projekteinreichungen bei der
Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung 2020

**Österreichische Gesellschaft
für Politische Bildung**
A-1040 Wien, Mayerhofgasse 6/3
T +43 1 504 68 58
F +43 1 504 58 89
gesellschaft@politischebildung.at
www.politischebildung.at

 Bundesministerium
Bildung, Wissenschaft
und Forschung

INHALT

Einleitung	3
ALLGEMEINE INFORMATIONEN	4
ERLÄUTERUNGEN ZUM PROJEKTANTRAG	
Was ist politische Bildung?, Projektdesign, Einreichende Institution, Projektverantwortliche(r), Projekttitle, Projekttyp	6
I. INHALT	
I.1 Inhalt / Thematischer Schwerpunkt des Projekts	13
I.2 Detaillierte Beschreibung des Inhalts	18
I.3 Aspekte der politischen Bildung	19
I.4 Projektziele	20
I.5 Aspekte der Gendergerechtigkeit und Diversität	21
I.6 Zielgruppe	22
II. ABLAUF UND METHODIK	
II.1 Methoden	22
II.2 Geplante zusätzliche Projektergebnisse	24
II.3 Ort, Datum und Dauer der Veranstaltung	25
II.4 Detaillierte Beschreibung des zeitlichen Ablaufs	26
III. PROJEKTORGANISATION	
III.1 ReferentInnen	27
III.2 Fachliche und pädagogische Kompetenzen der Projektleitung	28
III.3 KooperationspartnerInnen	28
III.4 Maßnahmen zur Qualitätssicherung	29
III.5 Kostenvoranschlag	30
III.6 Finanzierungsplan	31
III.7 Anmerkungen	33
NACH FÖRDERMITTELZUSAGE	
Veranstaltungskalender	34
Projektbericht	36
Projektabschlussrechnung	37
ANHANG	
Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung	38
Förderbedingungen	39
Checkliste mit Qualitätskriterien	43
Literaturempfehlungen	45

Liebe ErwachsenenbildnerInnen,

wir freuen uns, Sie bei der Planung und Einreichung Ihrer Projektanträge im Rahmen der jährlichen Fördermittelvergabe der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) unterstützen zu können. In dieser Broschüre nachzulesen sind neben einführenden Informationen vor allem Erläuterungen zur Projektkonzeption und zum Befüllen des Antragsformulars. Für geförderte Projekte sind Hinweise zum Online-Projektbericht und zum Abrechnungsfeld sowie zur Bewerbung Ihrer Veranstaltung im Online-Kalender auf der ÖGPB-Website zu finden.

Wir hoffen, dass Ihnen dieser Leitfaden behilflich ist, Ihre Projekte optimal im Antragsformular zu präsentieren. Wir haben die bei der Projektberatung und den Methodenworkshops der ÖGPB gesammelten Erfahrungen zusammengefasst und hoffen, dass Ihnen die ein oder andere Anregung nützlich ist und Sie bei Ihrer Arbeit unterstützen kann.

Wir bedanken uns bei der Abteilung Erwachsenenbildung im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die die Tätigkeiten der ÖGPB sowohl im Bereich Projektförderung als auch im Bereich Bildungsangebote und Projektberatung für ErwachsenenbildnerInnen in der politischen Bildung unterstützt, sowie bei den Mitgliedsbundesländern der ÖGPB und bei der Konferenz der Erwachsenenbildung Österreichs (KEBÖ).

Viel Erfolg bei der Abfassung des Projektantrags und eine gute Durchführung Ihrer Veranstaltungen wünscht Ihnen

Das Team der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

Ihre Ansprechpersonen für die Ausschreibung sind:

Daria Helene Vukovich
Koordination der Projektförderung
T 01 5046851

Rahel Baumgartner
Geschäftsführung
T 01 5046858-14

Hakan Gürses, Rahel Baumgartner
Projektberatung, Bildungsangebote
T 01 5046858-12/-14

Heidemaria Buchecker
Homepage, techn. Betreuung
T 01 5046858-15

Impressum:
Medieninhaber: Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung
Mayerhofgasse 6/3, 1040 Wien
Herstellung: Eigenvervielfältigung
Text: Barbara Schöllenger, Marion Wisinger
Aktualisierungen: Daria Helene Vukovich, Rahel Baumgartner, Hakan Gürses
Layout: Heidemaria Buchecker, Peter R. Horn
Jänner 2020

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung (ÖGPB) ist eine Einrichtung zur Förderung der politischen Erwachsenenbildung u. a. im Rahmen einer jährlichen Projektausschreibung. Gefördert werden Bildungsmaßnahmen bis zu einem Betrag von max. EUR 4.500,- in jenen Bundesländern, die Mitglied der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung sind (derzeit Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg). Um Fördermittel einreichen können Einrichtungen, die Projekte der Erwachsenenbildung durchführen und auf kommunaler, regionaler oder Landesebene tätig sind, nicht jedoch bundesweit tätige Zentralorganisationen. Die finanziellen Mittel stellen die Mitgliedsbundesländer und das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu gleichen Teilen für die Projektförderung zur Verfügung. Über die Vergabe der Fördermittel entscheidet der Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung bis spätestens Ende Juni nach eingehender Prüfung der Projektanträge. Kurz danach erfolgt die schriftliche Verständigung.

Die genauen Ausschreibungsbedingungen und die Qualitätskriterien finden Sie am Ende dieser Broschüre (ab S. 39).

Termine und Fristen für die Ausschreibung 2020:

Einreichfrist: 1. Februar bis 30. April 2020

Vergabeverständigung: Juli 2020

Durchführungszeitraum: 1. August 2020 bis 31. August 2021

Auszahlung der Fördermittel: Dezember 2020

Abrechnungen und Berichte: innerhalb von 3 Monaten nach Projektabschluss bzw. bis spätestens 30. September 2021

Projektberatung:

InteressentInnen können sich bei der Konzeption ihrer Projekte und Veranstaltungen von den MitarbeiterInnen der ÖGPB telefonisch oder persönlich beraten lassen. Zudem kann der eintägige Beratungsworkshop „Politische Bildung frei Haus“ für MitarbeiterInnen in Erwachsenenbildungseinrichtungen und ProjektleiterInnen bzw. -einreicherInnen in Anspruch genommen werden. Die Veranstaltung wird auf Anfrage durchgeführt und nach Bedarf und Interessen der TeilnehmerInnen gestaltet.

Projektdokumentation:

Auf der Website der ÖGPB sind unter dem Menüpunkt „Projektdokumentation“ alle Schwerpunktthemen, die Bundesländerstatistiken und die Projektdokumentationslisten der letzten Ausschreibungsjahre zu finden.

Einstieg zur Online-Einreichung:

Die Einreichung ist ausschließlich im Rahmen der jährlichen Einreichfrist vom 1. Februar bis 30. April und nur online möglich. Es gibt jeweils einen Zugang pro Person, die Anmeldung erfolgt über Ihre E-Mail Adresse. Falls Sie noch keine Zugangsdaten haben, registrieren Sie sich neu im System. Nach der Freischaltung, die unmittelbar danach erfolgt, ist es möglich, Ihren Projektantrag auszufüllen.

1. Schritt: Unter www.politischebildung.at/projektfoerderung/ausschreibung können Sie sich mit Ihren Zugangsdaten (E-Mail laut Registrierung und Passwort) anmelden. Klicken Sie anschließend auf [Antrag einreichen] unter dem Menüpunkt [Projektförderung] in der Navigationsleiste oben.

2. Schritt: Gehen Sie auf [Antrag anlegen], um in die Eingabemaske des Online-Formulars zu gelangen.

3. Schritt: Hier können Sie Ihre Adressdaten übernehmen und gegebenenfalls aktualisieren. Nach Bestätigung dieser füllen Sie bitte alle anderen erforderlichen Felder aus.

4. Schritt: Der Antrag lässt sich jederzeit zwischenspeichern und auch zu einem späteren Zeitpunkt weiter bearbeiten. Ihr vollständiger Antrag muss jedoch bis 30. April durch Betätigung des roten Buttons am Ende des Antragsformulars eingereicht werden, um an der Ausschreibung teilzunehmen. Per Mail erhält die/der Projektverantwortliche eine Bestätigung, dass der Antrag bei der ÖGPB eingelangt ist. Nach dem Einreichen ist der Antrag nicht mehr bearbeitbar.

Alle ErsteinreicherInnen werden zudem ersucht, den Vereinsregisterauszug sowie die Vereinsstatuten bzw. adäquate Dokumente an die ÖGPB zu übermitteln. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die MitarbeiterInnen der ÖGPB.

ERLÄUTERUNGEN ZUM PROJEKTANTRAG

Der Projektantrag gibt mehrere Felder zum Ausfüllen und Auswahlmöglichkeiten zum Ankreuzen vor. Wesentlich für eine erfolgreiche Antragstellung ist es, das Projektvorhaben für Außenstehende gut nachvollziehbar und dennoch prägnant darzustellen und keine maßgeblichen Angaben – wie etwa Ort und Zeitpunkt der Veranstaltung – zu vergessen. Die wichtigste Voraussetzung für eine positive Förderzusage ist freilich eine Projektbeschreibung, die deutlich ein **politisches** Bildungsvorhaben erkennen lässt.

Exkurs: Was ist politische Bildung?

So wie es kaum möglich ist, *Politik* einheitlich zu definieren – da jede Politikdefinition selbst einen politischen Akt darstellt und somit die Pluralität der Zugänge erforderlich macht –, ist es auch kaum möglich, *politische Bildung* einheitlich und allgemeingültig zu bestimmen. Bildung ist politisch, andererseits kann auch Zeitunglesen politische Bildung sein.

Was politische Bildung als akademische Disziplin, als schulisches Unterrichtsfach und als didaktische Praxis in der Erwachsenenbildung betrifft, kann jedoch eine verbindlichere Minimaldefinition formuliert werden. In diesem eingegrenzten Sinne ist politische Bildung die Bezeichnung für angeleitete, zielgerichtete und systematische Bildungsmaßnahmen, die *das Politische* zum Gegenstand haben. Diese Aufgabe schließt die Vermittlung des Wissens über die Zusammenhänge in einem politischen System oder Geschehen ein, aber auch die Stärkung von Fähigkeiten, die dabei helfen, sich in diesem Geschehen selbst zurechtfinden, es kritisch auffassen und zugleich aktiv mitgestalten zu können.

Eine solche Minimaldefinition gibt die allgemeine Zielrichtung der politischen Bildung an, und diese wird von unterschiedlichen Trägern gewöhnlich mit normativen Zielsetzungen kombiniert: Mündigkeit der BürgerInnen fördern, das demokratische System stärken, Kompetenzen für demokratisches Handeln vermitteln, soziale Diskriminierungen erkennen usw. Welche normativen Ziele hierzu auch geäußert werden mögen – einen didaktischen Verhaltenskodex und ein professionelles Leitbild bietet der *Beutelsbacher Konsens* für in diesem Fach tätige PädagogInnen. Indoktrinationsverbot,

Kontroversitätsgebot und bewusster Umgang mit Interessen sind die drei Eckpunkte dieses Regelwerks.

Grundsatzpapier der ÖGPB: Politische Bildungsarbeit in der Erwachsenenbildung

In Kooperation mit einer Reihe renommierter ExpertInnen und PraktikerInnen des Fachs entwickelte die ÖGPB 2007 das nachstehende Grundsatzpapier für die politische Erwachsenenbildung, das auch im Rahmen der Projektförderung als Leitbild dient:

In einem demokratischen Staat ist politische Bildungsarbeit eine permanente öffentliche Aufgabe. Bedingungen, Dimensionen und Wesen der Demokratie müssen immer wieder ausgelotet, erweitert, erlernt und verinnerlicht werden.

Wir verstehen politische Bildung als angeleitete und institutionalisierte Möglichkeit der Reflexion über das Politische, um kritisches Bewusstsein, selbstständige Urteilsfähigkeit und politische Mitgestaltung zu fördern. Gezielt in Gang gesetzte Reflexionsprozesse über Politik und Gesellschaft können individuelle und strukturelle Veränderungspotenziale verstärken, Handlungsoptionen eröffnen und konkrete Interventionen ermöglichen.

Der Tendenz der Fragmentierung, Funktionalisierung und Ökonomisierung aller Lebensbereiche sowie dem Rückzug aus den öffentlichen Räumen sollen Lernforen entgegengestellt werden, wo sich Individuen und Gruppen über die gesellschaftlich relevanten Fragen und Probleme verständigen und Wissen und Kompetenzen erwerben können.

Persönlichkeitsentwicklung und Gesellschaftsentwicklung sind aufeinander bezogene Teile eines Bildungskonzepts, dessen Ziele Partizipationsfähigkeit, Entwicklung politischer Einstellungen sowie Erwerb von Kenntnissen über politische Abläufe und Prozesse sind.

Emanzipatorische politische Bildung stellt Menschen, Strukturen und Prozesse in den Mittelpunkt ihres Interesses. Die Erkenntnis- und Themenfelder der Bildungsarbeit sind Lernmöglichkeiten zur Veränderung von Denken, Fühlen und Handeln.

Politische Bildungsarbeit soll einen Beitrag leisten zur Förderung von Autonomie, Selbstorganisation, Konfliktfähigkeit und Verantwortungsbewusstsein.

Dabei ist die Ausgewogenheit zwischen Wissensvermittlung und Entwicklung sozialer Kompetenzen wesentlich. Politische Bildung soll einerseits Demokratie stärken, darf aber andererseits kein Stabilisierungsfaktor des Bestehenden sein. Vor allem geht es um das Erkennen gesellschaftlicher Machtstrukturen und um das Aufzeigen der strukturellen Diskriminierung von Individuen und Gruppen. Es gilt auch, die Zivilgesellschaft zu stärken.

Angesichts wachsender populistischer Bewegungen und vorurteilsvoller Ideologien wächst der Bedarf an politischer Bildungsarbeit. Politische Bildung ergreift Partei für die Menschenrechte und für die soziale Rechtsstaatlichkeit. Somit ist politische Bildung per se politisches Handeln.

www.politischebildung.at/upload/oegpb_image_folder_2018.pdf

Links zu Leitbildern:

www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens

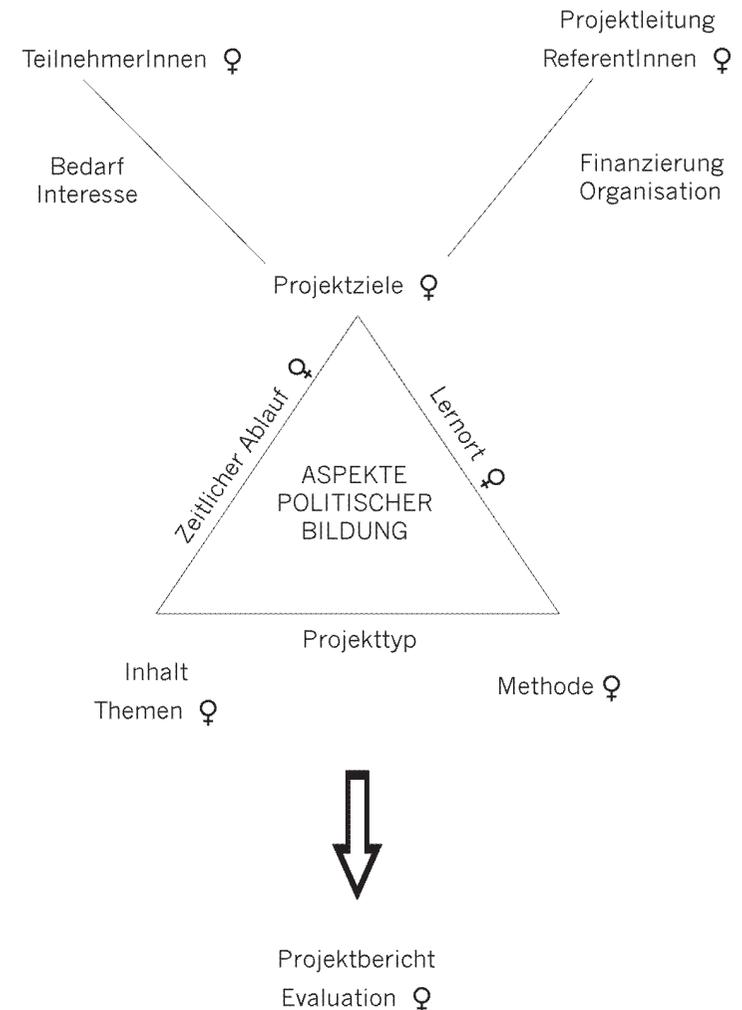
www.akg-online.org/sites/default/files/frankfurter_erklaerung.pdf

Projektdesign

Bevor Sie mit dem Ausfüllen des Projektantrags beginnen, empfiehlt es sich, die wesentlichen Fragestellungen und Anforderungen des Antragsformulars anhand des hier grafisch dargestellten Schemas zu überlegen:

Im Zentrum des Projektdesigns stehen die drei Eckpunkte eines Projekts: Projektziel/e – Inhalt/e – Methode/n, die sich wechselseitig bedingen und daher aufeinander abzustimmen sind. So erfordert beispielsweise ein ausgewählter Inhalt abhängig vom jeweiligen Projektziel die Verwendung spezifischer Methoden oder die Themeneingrenzung erfolgt nach der Zielsetzung durch eine ausgesuchte Methode. Die Wahl von Lernort, Zeitablauf und Projekttyp wird ebenfalls von diesen drei Eckpunkten beeinflusst. TeilnehmerInnen (Zielgruppe) und ProjektleiterInnen (EB-Einrichtung) stehen einander mit ihren Anliegen, Wünschen, Bedürfnissen und Möglichkeiten gegenüber, die im Vorfeld unbedingt ausgelotet werden sollten. Überlegungen zur Evaluation sind genauso wichtig wie die Klärung von zentralen Organisationsfragen und die Berechnung der zu erwartenden Kosten. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass ein Projekt erst nach Erstellung des Projektberichts und der Projektabrechnung abgeschlossen ist.

In der Grafik fordert „♀“ die Berücksichtigung von Genderkriterien – aber auch allgemeiner von Diversitykriterien – in zentralen Bereichen und Phasen der Projektplanung. Etwa die Rollenverteilung im Projektablauf, die inhaltliche und methodische Berücksichtigung von Gender- und Diversityaspekten oder eine diversitätssensible Planung von Ort und Zeit der Veranstaltung bilden eine wesentliche Entscheidungsgrundlage für die Projektförderung.



Daten der einreichenden Institution:

Name der Institution:
Name der/des Vertretungsbefugten:
Straße / Hausnummer:
PLZ:
Ort:
Mitgliedsbundesland:
Telefon:
E-Mail:
Homepage:
ZVR-Zahl bzw. Firmenbuchnummer:

Die/der *Vertretungsbefugte* ist jene Person, die die Institution nach außen vertritt. Diese Person trägt die Verantwortung für die widmungsgemäße Verwendung der zugesagten Fördermittel und muss den Projektbericht des geförderten Projekts unterzeichnen. *Mitgliedsbundesländer* der ÖGPB sind Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg.

Daten der/des Projektverantwortlichen:

Amtstitel:
Akad. Grad:
Anrede:
Vorname:
Nachname:
(Mobil-)Telefon:
E-Mail:

Hier ist Platz für Angaben zu der/dem *Projektverantwortlichen*, also zu derjenigen Person, die das Projekt konzipiert, organisiert, betreut und abschließt, sowie für den Projektantrag, den Projektbericht und die Abrechnung verantwortlich und für uns alleinige Ansprechperson ist.

Daten zum Projekt:

Projekttitle (-bezeichnung):

Der erste Blick interessierter Ansprechpersonen fällt auf den Titel eines Projekts. Daher soll dieser ansprechend und leicht verständlich sein. Verwenden Sie beispielsweise einen prägnanten „Eyecatcher“-Haupttitel und formulieren Sie Ihr Vorhaben im Untertitel.

Orientierungshilfen hierzu finden Sie auf der Website der ÖGPB unter dem Menüpunkt „Projektdokumentation“:

www.politischebildung.at/projektfoerderung/projektdokumentation/

Checklist: Projekttitle / Projektuntertitel

- | | |
|----------------------------|--------------------------|
| gut zu merken | <input type="checkbox"/> |
| ansprechend für Zielgruppe | <input type="checkbox"/> |
| leicht verständlich | <input type="checkbox"/> |

Projekttyp: (bitte ankreuzen)

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Vortrag | <input type="checkbox"/> Vortragsreihe |
| <input type="checkbox"/> Workshop | <input type="checkbox"/> Workshopreihe |
| <input type="checkbox"/> Seminar | <input type="checkbox"/> Seminarreihe |
| <input type="checkbox"/> Lehrgang | <input type="checkbox"/> Tagung |
| <input type="checkbox"/> Anderes, nämlich: | |

Mit Projekttyp ist die Lern- und Veranstaltungsform gemeint. Sie hängt von finanziellen und personellen Ressourcen der VeranstalterInnen, Zielsetzungen, Methoden, Themen, zeitlichen Kapazitäten und Bedarf der Zielgruppen ab.

Es gibt zahlreiche attraktive Formen politischer Bildung u. a. Geschichts- oder Medienwerkstätten, Gesprächsrunden oder politische

Stammtische, interkulturelle Trainings, e-learning-Module oder Exkursionen. Eine Beschreibung unterschiedlicher Projekttypen finden Sie in „Methoden und aktuelle Fragestellungen der politischen Bildung“ als PDF Download unter

www.politischebildung.at/materialien/publikationen/.

Auch Veranstaltungsformen zu mischen, kann gelingen. Derselbe Lehrgang kann sowohl einen theaterpädagogischen Event als auch eine Podiumsdiskussion mit örtlichen RepräsentantInnen des Gemeinderats beinhalten. Gestalterische Vielfalt empfiehlt sich, um anregende zielgruppenorientierte Lernsituationen zu schaffen.

Bei der Auswahl des passenden Projekttyps sollten auch Überlegungen hinsichtlich der zeitlichen Ressourcen verschiedener Zielgruppen einfließen.

Checklist: Projekttyp	
einfalls- und variantenreich	<input type="checkbox"/>
passend zu Ort und Zeit	<input type="checkbox"/>
zielgruppenorientiert	<input type="checkbox"/>
Gender- und Diversityaspekte	<input type="checkbox"/>

I. INHALT

I.1 Inhalt / Thematischer Schwerpunkt des Projekts:

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung fokussiert ihre Förderfähigkeit vorrangig auf ausgewählte Themenfelder, die als Anregungen formuliert werden, und nicht nur inhaltlich, sondern auch methodisch bearbeitet werden können.

Schwerpunktthemen 2020:

(A) Klima und soziale (Un-)Gerechtigkeit

Argumente und Maßnahmen angesichts der Klimakrise

Kaum eine Woche vergeht derzeit ohne Berichte über Klimastreiks in verschiedenen Teilen der Welt. Vor allem junge Menschen weisen auf die drastischen Folgen der Klimakrise hin und fordern politische Verantwortliche auf, endlich zu handeln. Darüber, was konkret gegen globale Erwärmung unternommen werden soll, gibt es innerhalb einer derart großen und vielfältigen Bewegung naturgemäß Differenzen. In den moralisch oder technologisch geführten Debatten, in den Appellen an individuelle Konsumverweigerung und in apokalyptischen Begriffen wie „Klimakatastrophe“ erblicken KritikerInnen die Gefahr einer Entpolitisierung der Klimabewegung. Oft wird auch eine thematische Verknüpfung der Klimakrise mit den sozialen Fragen hergestellt. Einerseits soll dadurch deutlich werden, dass vor allem *vulnerable* Bevölkerungsgruppen (Arme, Alte, Menschen aus dem globalen Süden etc.) am stärksten von der Klimakrise betroffen sind und die Logik des Marktes die Krise weiter verschärft. Das Konzept der Klimagerechtigkeit verweist u. a. auf diese Querverbindungen zwischen den Themenfeldern Klima und soziale Gerechtigkeit. Auf der anderen Seite versuchen bestimmte AkteurInnen und Interessengruppen, mit dem Hinweis auf wirtschafts- und sozialpolitische Auswirkungen (Stichwort: geringeres Wirtschaftswachstum, Verlust an Standortattraktivität, Abbau von Arbeitsplätzen etc.) das Ausmaß der Klimakrise in der öffentlichen Debatte zu relativieren und klimapolitische Maßnahmen zu bremsen.

Welche Argumente und Maßnahmen werden in Sachen Klimaschutz von unterschiedlichen Seiten angeführt? Wie können Individuen und Initiativen

diese im eigenen politischen Handlungsfeld aufnehmen? Wie kann politische Erwachsenenbildung die Klimagerechtigkeit als eigenen Inhalt vermitteln?

(B) Zwischen Neutralität und Indoktrination

Was kann, soll und darf politische Erwachsenenbildung heute?

Wie jeder andere Bildungsbereich ist auch die politische Erwachsenenbildung gegenwärtig mit sozialen und politischen Entwicklungen konfrontiert, die ihr thematische Ergänzungen, didaktische Neuorientierungen und inhaltliche Korrekturen abverlangen. Die zunehmende sprachlich-kulturelle Diversität der Bevölkerung; die Nachwirkungen jüngerer sozialer Bewegungen (Klimaschutz, Dekolonisierung, Antidiskriminierung, globale Gerechtigkeit); der weltweite Trend zum Populismus und zu einer autoritären, „illiberalen“ Spielart der Demokratie; aktuelle Stichworte wie Fake-News, Politik der Emotionen oder Umgang mit Flucht und Migration - das sind nur einige Probleme, welche die politische Bildung vor neue Aufgaben stellen. Sie bestärken die weitverbreitete Aufforderung, politische Bildung möge die Rolle der „Feuerwehr“ übernehmen und politische Brandherde durch Bildungsarbeit rasch wieder löschen. Zu dieser schwer umsetzbaren öffentlichen Herausforderung gesellt sich eine fachinterne Herausforderung: *Wie darf politische (Erwachsenen-)Bildung ihre Mission erfüllen zwischen den gegensätzlichen pädagogischen Haltungen *Neutralität und Indoktrination*?* Das im sogenannten Beutelsbacher Konsens von 1977 formulierte Überwältigungsverbot (die TeilnehmerInnen dürfen nicht indoktriniert werden) wird heute von rechtspopulistischen Parteien zunehmend als „Neutralitätsgebot“ ausgelegt und missbraucht. Sie beteuern, die Problematisierung ihrer eigenen (autoritären/rechtspopulistischen) Ideologie sei Indoktrination, der Unterricht müsse neutral gestaltet werden. Da aber eine solche Vermittlung des - von Haus aus nicht neutralen - Politischen nicht möglich ist, droht der politischen Bildung die Gefahr, ihre Handlungsfähigkeit einzubüßen.

Wie muss sich politische Erwachsenenbildung angesichts dieser aktuellen Herausforderungen positionieren? Mit welchen didaktischen Mitteln und Inhalten soll sie heute ausgestattet sein, um sowohl den Bedürfnissen der BürgerInnen als auch dem eigenen Leitbild gerecht zu werden? Projekte mit diesen praxisorientierten Fragestellungen werden gesucht.

(C) Neuer Antisemitismus und alter Rassismus?

Aktuelle Herausforderungen in der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus

In dem 2020 erscheinenden Sammelband *Bildungsarbeit gegen Antisemitismus* (Wochenschau Verlag) wird anhand aktueller Studien festgehalten, dass politische Bildung sich zwar weitgehend mit dem Nationalsozialismus befasste, viel weniger umfassend aber mit dem Antisemitismus. Die AutorInnen beanstanden in diesem Rahmen insbesondere den unzureichenden Gegenwartsbezug. Tatsächlich wird der Antisemitismus in der politischen Bildung nicht selten undifferenziert als eine frühere historische Erscheinungsform des Rassismus abgehandelt. Wertvolle Beiträge der Forschung (wie etwa die Analyse des „Antisemitismus ohne Juden/Jüdinnen“ oder das Wechselspiel zwischen diesem und dem „kulturalistischen Neorassismus“ gegen MigrantInnen) sind auch großteils in Vergessenheit geraten. Außerdem bezieht sich ein heute weitverbreitetes antisemitisches Resentiment auf Israel, und auch hier fehlt oft eine (antisemitismus-)kritische Aufarbeitung des „Nahostkonflikts“ in der politischen Bildung. Hinzu kommt die aktuelle Herausforderung unter dem Titel „neuer Antisemitismus“, nämlich die „Islamisierung“ des Antisemitismus im Zusammenhang mit der Flucht und Migration aus arabisch und islamisch geprägten Regionen. In diesem Kontext kommt auf die politische Bildungsarbeit die doppelt schwierige Aufgabe zu, diese Spielart des Antisemitismus nicht zu ignorieren, aber sich (und das Thema) zugleich nicht durch rechtspopulistische und rechtsextreme Propaganda instrumentalisieren zu lassen.

Gesucht werden Projekte, die sich der Bildungsarbeit gegen Antisemitismus widmen, dabei den aufgezählten neuen Herausforderungen stellen und entsprechende inhaltliche wie didaktische Kenntnisse vermitteln.

(D) Die Politik des kollektiven „Wir“

Was bedeutet „Identitätspolitik“ aus der Perspektive der politischen Bildung?

Seit den Präsidentschaftswahlen in den USA ist der Begriff *Identitätspolitik* wieder in aller Munde. Diese gilt gemeinhin als eine Erfindung der seit den 1960er Jahren vernehmbaren neuen sozialen Bewegungen. Forderungen nach Rechten und nach gesellschaftlicher Anerkennung der Lebensformen von Minderheiten, unterdrückten und diskriminierten sozialen Gruppen

(AfroamerikanerInnen, Frauen, LGBT etc.) stehen im Zentrum jener radikalen Gegenpolitik, die nicht vordergründig auf gesamtgesellschaftliche Umwälzung, sondern auf die Interessen der jeweils eigenen Gruppe fokussiert. Die eigene kollektive (ethnische, kulturelle, sprachliche, sexuelle ...) Identität wird dabei als Quelle der politischen Stärke der Gruppe angesehen, anstatt auf universale Werte und formale Gleichheitsrechte für alle zu pochen. Geistes- und sozialwissenschaftliche Fakultäten der Universitäten wurden in den letzten Jahrzehnten zum wichtigen Schauplatz der Identitätspolitik. Mit einer heftigen Kritik ist Identitätspolitik von Anfang an konfrontiert: Als eine viel zu spezifische, gruppenzentrierte Spielart des Politischen bedeute sie das Ende allgemeingültiger ethischer Standards und somit für viele das Ende der Politik. Im Zuge des vergangenen US-Wahlkampfes wurden allerdings Stimmen laut, die behaupteten, es seien vor allem die privilegierten Schichten und Klassen, denen die vielzitierten gemeinsamen Werte und allgemeingültigen Standards eigentlich zugutekämen. Donald Trump habe auch diese Gruppen offen auf ihr Weiß-Sein, ihre Männlichkeit und Heterosexualität angesprochen und somit selbst *hegemoniale Identitätspolitik* betrieben. Einige SozialwissenschaftlerInnen behaupten wiederum, Identitätspolitik sei nicht mehr vornehmlich im akademischen Umfeld praktizierte Gegenkultur, sondern inzwischen die dominante Politikform geworden.

Gesucht werden Projekte, die u. a. folgende Fragen thematisieren: Umgang der politischen Bildung mit der Identitätspolitik; Selbstreflexion über den eigenen identitätspolitischen Bezug; kritische Auseinandersetzung mit Vor- und Nachteilen der Identitätspolitik.

(E) Freizügigkeit für Waren, nicht für Menschen?

Territoriale und soziale Mobilität im globalisierten Kapitalismus

Die Themen *Migration und Flucht* beherrschen in den letzten Jahrzehnten europaweit die Wahlkämpfe und die öffentlichen medialen Debatten. Da allerdings die entsprechenden Diskurse überwiegend aus der Perspektive des Aufnahmelandes geführt werden, bleibt die Frage ausgeblendet, wie es mit der Umsetzung des Rechts auf Freizügigkeit (AEMR, Art. 13) tatsächlich steht. Der globalisierte Kapitalismus wird von einem Widerspruch getragen: Während die Warenproduktion des globalen Nordens zunehmend in

die Länder mit billigster Arbeitskraft (im globalen Süden) verlagert wird, ist es gerade für diese Arbeitskräfte des Südens kaum möglich, in die Länder des Nordens zu reisen. Mobilität und Freizügigkeit, die als wichtigste Errungenschaften der Globalisierung gepriesen werden, gelten somit für Waren, Kapital und Personen aus bestimmten Regionen und sozialen Schichten, nicht aber für andere Personengruppen. Oft sind es wiederum diese Gruppen mit der niedrigsten Bewegungsfreiheit, die durch bedrohliche Lebensbedingungen zu einer „Mobilität“ in Form der Flucht gezwungen werden. Diese globale Ungleichheit mit Blick auf *territoriale* Mobilität wird ergänzt durch die lokale Ungleichheit mit Blick auf die *soziale* Mobilität. Nach einer aktuellen Studie sinken die beruflichen und einkommensbezogenen Aufstiegschancen für die unteren Einkommenschichten in Österreich - Armut und Reichtum werden stärker als bisher von den Nachfolgegenerationen „geerbt“. Hinzu kommt die Theorie der Unterschichtung (Hoffmann-Nowotny), wonach die vorhandene unterste soziale Schicht zunehmend durch MigrantInnen ersetzt wird und somit für Erstgenannte der (Simulations-)Effekt eines relativen Aufstiegs eintritt - was wiederum dazu führt, dass MigrantInnen stets „ganz unten“ bleiben müssten, damit für die „inländischen“ unteren Schichten soziale Mobilität simuliert werden kann.

Projekte, die sich mit den Querverbindungen zwischen der räumlichen und der sozialen Mobilität befassen und diese als Thema der politischen Bildung aufbereiten, werden gesucht.

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung formuliert im Rahmen ihrer Projektförderung Themenfelder als Jahresschwerpunkte. Bei der Auswahl und Beschreibung dieser Schwerpunkte orientiert sich das ÖGPB-Team an aktuellen Fachdebatten, rezenten Publikationen und konkreten Anfragen sowie Angeboten politischer Bildung im deutschsprachigen Raum. Die Themenbeschreibungen sind absichtlich allgemein gehalten, um einer möglichst breiten Palette an Einrichtungen und Organisationen der (politischen) Erwachsenenbildung mit unterschiedlichen Arbeitsfeldern eine leichte „Andockmöglichkeit“ zu bieten. Bei der Projektförderung werden etwa 60 % der gesamten zur Verfügung stehenden Mittel an Projektvorhaben verteilt, die sich mit den vorgeschlagenen thematischen Schwerpunkten auseinandersetzen. Es werden jedoch auch Projekte mit anderen Themen gefördert,

um die Kontinuität der Bildungsarbeit zu gewährleisten. Auf der Website der ÖGPB kann über den Menüpunkt „Projektdokumentation“ auf die Themenfelder der Vorjahre zugegriffen werden.

www.politischebildung.at/projektfoerderung/projektdokumentation/

Es genügt die Auswahl eines thematischen Schwerpunkts, wobei es grundsätzlich möglich ist, auch mehrere auszuwählen, wenn ein inhaltlicher Zusammenhang besteht. Dabei ist allerdings zu beachten, dass damit nicht nur Aspekte des Projekts aufgezählt werden, sondern die ausgesuchten Themen tatsächlich inhaltlich und methodisch bearbeitet werden sollen.

Bei Nennung eines eigenen thematischen Schwerpunkts wird auf eine prägnante Kurzformulierung des „Kernthemas“ Wert gelegt.

1.2 Detaillierte Beschreibung des Inhalts: (mind. 1.400 und max. 6.500 Zeichen inkl. Leerzeichen)

Gehen Sie bei der Konzeption Ihres Projekts vermehrt von den Interessen, Fragen, Bedürfnissen und Problemen Ihrer erwünschten Zielgruppe aus, planen Sie *teilnehmerInnenorientiert*. Das persönliche Interesse – etwa der Bezug zu regionalen Themen oder der dringende Handlungsbedarf gegen Hassparolen – motiviert dazu, Zeit in Bildung zu investieren. Stehen das Thema und dessen Anknüpfungspunkte an die Zielgruppe und die Bildungseinrichtung fest, kann die weitere inhaltliche Planung erfolgen.

Der Inhalt eines Projekts kann sich stark verändern, wenn Sie in Ihrem Bildungsangebot Gender- und Diversityaspekte berücksichtigen. Damit ist nicht die Wahl von „Frauen- oder Minderheitenthemen“ gemeint, sondern eine Beachtung der entsprechenden Machtverhältnisse auf allen Ebenen des politischen Bildungsvorhabens.

Checklist: Inhalt

- | | |
|------------------------------|--------------------------|
| praxisorientiert | <input type="checkbox"/> |
| aktuell | <input type="checkbox"/> |
| für Zielgruppe interessant | <input type="checkbox"/> |
| Gender- und Diversityaspekte | <input type="checkbox"/> |
-

1.3 Aspekte der politischen Bildung des Projektes (mind. 3): (bitte ankreuzen)

- a: Erwerb von Wissen über politische Strukturen und Prozesse
- b: Förderung des Menschenrechtsbewusstseins und des demokratischen Handelns
- c: Stärkung von politischer Analyse- und Urteilsfähigkeit sowie von kritischem Bewusstsein
- d: Ermutigung zu politischer Partizipation und Vermittlung von Handlungskompetenz
- e: Erlernen und Üben von sozialen Kompetenzen und Konfliktfähigkeit
- f: Entwicklung von Zivilcourage und Engagement gegen Rassismus, Sexismus und alle anderen Formen von Diskriminierung

Das wichtigste Kriterium für den Erhalt einer positiven Förderzusage ist das Vorhandensein politischer Bildungsziele im Projektvorhaben.

Hier werden Ihnen einige wesentliche Ansatzpunkte eines Projekts zur politischen Bildung zur Auswahl gestellt. Die Reflexion über die Auswahl dreier wesentlicher Aspekte ermöglicht die nochmalige Betrachtung des Verhältnisses von Projektzielen, Methoden und Inhalt (siehe Grafik S.9) und

inwieweit die Dimension des Politischen die zentrale Perspektive darstellt. Auch der Bedarf und die Interessen der Zielgruppe sollten mit den gewählten Aspekten übereinstimmen.

Checklist: Aspekte der politischen Bildung

- mind. 3 Aspekte umsetzbar
- Projektziele, Methode und Inhalt passen zueinander
- für Zielgruppe geeignet

I.4 Konkrete Projektziele (max. 3):

Hier sollten Sie nur realistische Projektziele auflisten. Politische Bildung fokussiert auf Transformation und Partizipation, daher werden Projektziele oft – gut gemeint – überdimensioniert angegeben. **Projektziele** hängen von der Auswahl der **Inhalte** ab und beeinflussen die Wahl der **Methoden** und vice versa. Daher ist es wichtig, diese stets in Bezug zueinander zu denken.

Gehen Sie bei der Formulierung der Projektziele teilnehmerInnenorientiert von „machbaren“ Arbeitsergebnissen einer Veranstaltung aus. Beispielsweise können Sie „Demokratisierung“ nicht erreichen, wenn Sie zusätzlich zu einer Analyse eine Änderung von hierarchischen Strukturen nicht glaubwürdig an Ort und Stelle initiieren. Ein Projekt zu bürgerInnen-naher Mitbestimmung, das an der Realität offensichtlich scheitern muss, verärgert nur. Versprechen Sie Veränderungsprozesse nur, wenn Sie auch Instrumente dafür vermitteln können.

Checklist: Projektziele

- glaubwürdig
- realistisch, umsetzbar
- Projektziele, Methode und Inhalt abgestimmt
- zielgruppenorientiert

I.5 Aspekte der Gendergerechtigkeit und Diversität:

- a: Ebene Projektmanagement – Leitung (gleichberechtigte Funktionsaufteilung mit Blick auf Gender und Diversität im Projektteam, Umsetzung von Gender und Diversity Mainstreaming, etc.)
- b: Ebene TrainerInnenauswahl (Gender- und diversitätssensibler Einsatz von TrainerInnen in allen Lernfeldern, Einsatz von TrainerInnen mit Gender- und Diversitätskompetenz, etc.)
- c: Ebene Lehrinhalte – Methode, Didaktik (Eingehen auf unterschiedliche Bedürfnisse und Forderungen, Aspekte und Lebenszusammenhänge, Vermeidung von Rollenklischees, Verwendung einer nicht-diskriminierenden Sprache, etc.)
- d: Ebene Zielgruppe, Zugangsmöglichkeiten (Schaffung von Rahmenbedingungen wie Kinderbetreuung, geeignete/r Ort und Zeit, entsprechende Bewerbung, spezielle Angebote für marginalisierte Zielgruppen)

Gender Mainstreaming bedeutet in der politischen Bildung ein möglichst umfassendes Mitdenken feministischer Perspektiven. Der Projektantrag bezieht sich daher auf unterschiedliche Dimensionen von Geschlechtergerechtigkeit, die bei der Projektplanung berücksichtigt werden sollten. Für die Jury ist die glaubwürdige Umsetzung dieser Aspekte sehr wichtig.

Ein Projekt ist noch nicht geschlechtergerecht, wenn Inhalte auch „Frauthemen“ abdecken oder Frauen an der Veranstaltung teilnehmen. Der in diesem Zusammenhang relevante Punkt c „Ebene Lehrinhalte – Methode, Didaktik“ bedeutet die Berücksichtigung von Genderfragen in der inhaltlichen Ausrichtung eines Projekts **und** der methodischen Umsetzung.

Checklist: Aspekte der Gendergerechtigkeit und Diversität

- konkrete Umsetzung (Inhalte und Methode)
- genderechte und diversitätssensible Sprache
- Rollenverteilung aller am Projekt Beteiligter
- Rahmenbedingungen

I.6 Zielgruppe(n):

Die Projekte müssen sich an Erwachsene, bzw. an Jugendliche im Bereich der **außerschulischen** Bildung wenden. Die Fördermittel sind **nicht** für Projekte im Schulbereich gedacht. Es empfiehlt sich zu überlegen, welche Angebote der politischen Bildung bereits vor Ort gegeben sind (oder waren) und welche Bedürfnisse und Interessen TeilnehmerInnen haben könnten. Auch Kooperationspartnerschaften bringen erweiterte Zielgruppen. Versuchen Sie nach Möglichkeit, VertreterInnen der jeweiligen Zielgruppe bereits in die Projektplanung einzubeziehen. Nicht vergessen werden sollte, bei der Öffentlichkeitsarbeit diversitätssensibel vorzugehen.

Checklist: Zielgruppe(n)

- | | |
|--|--------------------------|
| Auswahl genau geplant | <input type="checkbox"/> |
| sonstiges örtliches Angebot bekannt | <input type="checkbox"/> |
| KooperationspartnerInnen | <input type="checkbox"/> |
| Einbeziehen der Zielgruppe in die Projektplanung | <input type="checkbox"/> |
-

II. ABLAUF UND METHODIK

II.1 Methoden (geplante Aktivitäten) zur Erreichung der Projektziele (max. 5):

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

Die Methoden, das pädagogische Design und Instrumentarium, ein Kernstück des Projektantrags, sind das „Fahrgestell“ politischer Bildung. Auch kompetenteste ReferentInnen nützen wenig, wenn nicht das „Wie“ der Vermittlung überlegt ist. In der politischen Bildung für Erwachsene treffen lernende Subjekte in geplanten Bildungsarrangements aufeinander. Anknüpfend an bereits vorhandene Denk- und Erfahrungsmuster bezweckt politische Bildung u. a. eine weiterführende Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Verhältnissen und politischen Fragestellungen. Sehr bewährt ist hierfür der Einsatz handlungsorientierter Methoden, um Lernvorgänge zu initiieren, die von intergenerationeller Biografiearbeit, Forumtheater, Open Space, Workcamps über Erzählcafés, Rollenspiele bis zu Textwerkstätten und Cartoonarbeit reichen können.

Häufig werden in den Anträgen Methoden und Projekttyp (Veranstaltungsform) miteinander verwechselt. Manche AntragstellerInnen wiederholen hier auch irrtümlicherweise die Projektziele. Das liest sich dann als „Sensibilisierung und Erwerb persönlicher Handlungskompetenzen, Workshop“. Besser wäre „Skulpturen stellen“, Zeitungstheater, Rollenspiele, Diskussion in Kleingruppen, Film ansehen etc.

Gender- und Diversityaspekte sind auch bei der Wahl der Methoden wesentlich. Gute DidaktikerInnen achten außerdem darauf, dass alle Teilnehmenden Raum und Zeit finden, sich zu artikulieren. Daher sind Methoden auszuwählen, die auf unterschiedliche Bedürfnisse eingehen. Grundsätzlich bringen heterogene Zielgruppen ein Plus an Erfahrungen und Meinungen. Das Einbringen unterschiedlicher Lebensformen und -kontexte kann schon eine Form politischer Bildung sein.

Checklist: Methoden

- | | |
|-----------------------------------|--------------------------|
| zielgruppenorientiert ausgewählt | <input type="checkbox"/> |
| passend zu Inhalten/Projektzielen | <input type="checkbox"/> |
| innovativ und anregend | <input type="checkbox"/> |
| Gender- und Diversityaspekte | <input type="checkbox"/> |
-

II.2 Geplante zusätzliche Projektergebnisse: (bitte ankreuzen)

<input type="checkbox"/> Keine <input type="checkbox"/> Video <input type="checkbox"/> EB-Unterrichtsmaterialien <input type="checkbox"/> Dokumentation <input type="checkbox"/> Tagungsband / schriftliche Zusammenfassung der Vorträge <input type="checkbox"/> Website / Teil einer Website <input type="checkbox"/> CD-Rom <input type="checkbox"/> Anderes, nämlich:
--

Um die Nachhaltigkeit eines Bildungsprojekts zu steigern, sind zusätzliche Projektergebnisse von Vorteil. So sind beispielsweise EB-Materialien, die Methoden und Abläufe dokumentieren und beschreiben, für die TeilnehmerInnen und auch für die Planung weiterer ähnlicher Projekte nützlich. Es ist sinnvoll, derartige Arbeitsmaterialien dem Projektbericht per Mail oder postalisch beizufügen. Je aussagekräftiger eine Dokumentation eines erfolgreichen Projekts ist, desto eher kann auf die Erfahrungen aufgebaut werden.

Es ist empfehlenswert, die Art und Weise der Dokumentation (oder Erstellung von Materialien) der Methode und der Zielgruppe anzupassen. Interaktive Methoden etwa können fotografiert oder gefilmt werden, oder die TeilnehmerInnen verschriftlichen ihre Eindrücke. Es sollte vorher klar sein, für welche Zielgruppe die Materialien bestimmt sind. Ist es der Kreis der TeilnehmerInnen selbst, sind es InteressentInnen, die sich für die Inhalte interessieren, oder sind es ErwachsenenbildnerInnen oder Förderstellen?

Aber auch die Einrichtung von Webseiten oder Social-Media-Tools zur Vernetzung und weiteren Information der TeilnehmerInnen erweist sich als attraktiv. Viele möchten nach einer Veranstaltung Teile des Programms in schriftlicher Form zur Verfügung haben.

Vergessen Sie nicht, den Zeitaufwand und die Kosten von Projektdokumentationen im Finanzplan zu kalkulieren, denn mit zusätzlichen Projektergebnissen ist oft erhebliche Mehrarbeit verbunden. Bei zukünftigen Projekten kann dafür auf diese Arbeitsergebnisse verwiesen werden.

Checklist: Zusätzliche Projektergebnisse

- | | |
|--------------------------------|--------------------------|
| Doku passend zu Methode | <input type="checkbox"/> |
| Zielgruppe bedacht | <input type="checkbox"/> |
| innovativ | <input type="checkbox"/> |
| geeignet für Projektbörse ÖGPB | <input type="checkbox"/> |
| Kosten kalkuliert | <input type="checkbox"/> |

II.3 Ort, Datum, Dauer der Veranstaltung(en): (zwischen 1. August 2020 bis 31. August 2021)

Ort:	Datum:	Dauer:
------	--------	--------

Vor Planung einer Veranstaltung ist es von Vorteil, in EB-Datenbanken (z. B. www.erwachsenenbildung.at, www.adulteducation.at) und örtlichen Veranstaltungskalendern zu recherchieren, ob andere Bildungseinrichtungen Projekte und Veranstaltungen in dem Zeitraum durchführen. Auch andere Bildungseinrichtungen sind interessiert daran, ihre Termine mit KollegInnen anderer Institutionen abzugleichen.

Die kreative Wahl des Ortes kann eine herkömmliche Veranstaltung zu einem ganz anderen „Bildungserlebnis“ werden lassen. So ist etwa ein Workshop zur regionalen Vernetzung von Zeitgeschichteprojekten gut in den Räumlichkeiten einer öffentlichen Bücherei aufgehoben, die zur Schwerpunktsetzung Fachliteratur zur Verfügung stellen und InteressentInnen im Vorfeld auf die Veranstaltung aufmerksam machen kann.

Die Dauer einer Veranstaltung ergibt sich aus dem Ablauf (siehe II.4) und sollte auch das Zeitbudget der Zielgruppe mitbedenken.

Checklist: Ort, Datum, Dauer

- | | |
|-------------------------------|--------------------------|
| Termine checken | <input type="checkbox"/> |
| Wahl des Ortes kreativ | <input type="checkbox"/> |
| Ort gut erreichbar | <input type="checkbox"/> |
| Dauer für Zielgruppe geeignet | <input type="checkbox"/> |

II.4 Detaillierte Beschreibung des zeitlichen Ablaufs: (falls Veranstaltung mind. ganztägig)

Der zeitliche Ablauf ergänzt die Angaben über Projekttyp, Methode und Inhalt eines Projekts. Hier wird die praktische Umsetzung ersichtlich, auch zeigt sich der Stand der Planung. Existieren erst einige Überlegungen zum Thema und dessen Umsetzung, wird der zeitliche Ablauf eher nur grob angegeben werden können.

Der zeitliche Ablauf sollte nicht überfrachtet sein, hier gilt: Weniger ist mehr. Veranstaltungen in Zeitnot verlieren meist an Qualität.

Besonders der zeitliche Ablauf einer Veranstaltung sollte auf die spezifischen Bedürfnisse der Zielgruppe Rücksicht nehmen. Für manche sind häufigere Pausen und entspannende Lernphasen wichtig. Auch aktivierende Übungen, Bewegung an der frischen Luft oder kleine Spaziergänge für die Konzentration erweisen sich als nützlich. Viele ganztägige Veranstaltungen und ihre TeilnehmerInnen benötigen eine Aufwärmphase und ebenso wichtig ist der Ausklang einer Veranstaltung, wofür jeweils genug Zeit zu veranschlagen ist. Oft bleiben das letzte Gespräch im Plenum, das Feedback oder auch die Vernetzungsmöglichkeiten in besonders guter Erinnerung. Die TeilnehmerInnen werden nach dem Ende des Programms nicht nur verabschiedet, sondern erhalten Gelegenheit, offen ihre Meinung zu sagen oder kritische Fragen zu stellen. Auch das ist politische Bildung.

Bei der Planung von Dauer und Ablauf des Bildungsangebots sollen auch Berufstätige, Ehrenamtliche und TeilnehmerInnen mit Kindern oder zu pflegenden Familienmitgliedern bedacht werden.

Checklist: Zeitlicher Ablauf

- stimmt mit Methode überein
 - Zeitablauf großzügig
 - für Zielgruppe geeignet
 - Gender- und Diversityaspekte
-

III. PROJEKTORGANISATION

III.1 ReferentInnen:

Bei der Auswahl der ReferentInnen wird oft auf bekannte Namen gesetzt, die Qualität und fachliche Legitimation gewährleisten sollen. In den Projektanträgen der letzten Jahre finden sich zahlreiche Personen als ReferentInnen, die von einigen Erwachsenenbildungseinrichtungen immer wieder eingeladen werden. Aufgrund des Bekanntheitsgrads werden in Folge manchmal Methode und Projektziele unzureichend beschrieben, im Mittelpunkt des Veranstaltungsdesigns steht der/die ReferentIn. Es ist hier genauso wichtig, auf eine umfassende Beschreibung der Methoden, Ziele und Inhalte im Projektantrag und des genauen Ablaufs im Projektbericht zu achten. Bei der Auswahl der ReferentInnen ist nicht nur auf die fachliche, sondern ebenso auf die didaktische Qualifikation zu achten.

Die ÖGPB kann Sie bei der Suche nach geeigneten ReferentInnen und WorkshopleiterInnen unterstützen. Bei der Nennung der ReferentInnen sind konkrete Angaben über die Qualifikation sinnvoll. Es kann durchaus interessant sein, andere Berufsgruppen mit ErwachsenenbildnerInnen zu kombinieren (z. B. SportlerInnen, JournalistInnen, etc.).

Checklist: ReferentIn

- Angaben sind konkret
 - fachliche Kompetenzen
 - didaktische Kompetenzen
 - Gender- und Diversityaspekte
-

III.2 Name und fachliche und pädagogische Kompetenzen des/r ProjektleiterIn bzw. der durchführenden ErwachsenenbildnerInnen:

Name(n)	Kompetenzen

Je präziser und konkreter die Angaben zur durchführenden Person den Anforderungen des Projekts entsprechen, desto wahrscheinlicher erscheint der Jury die erfolgreiche Umsetzung des Projektvorhabens.

Auch hier sind Gender- und Diversityaspekte zu beachten. Geschlechterparität im Projektteam beispielsweise kann sich auf alle Bereiche eines Projekts auswirken, besonders aber auf die Zielgruppe und Inhalte.

Checklist: Kompetenzen Projektleitung

- | | |
|------------------------------|--------------------------|
| Angaben sind konkret | <input type="checkbox"/> |
| fachliche Kompetenzen | <input type="checkbox"/> |
| zusätzliche Kompetenzen | <input type="checkbox"/> |
| Gender- und Diversityaspekte | <input type="checkbox"/> |

III.3 KooperationspartnerInnen:

Viele Einrichtungen bedienen ihre gewohnte Zielgruppe und setzen auf Bewährtes. Kooperationspartnerschaften öffnen das Einzugsgebiet für Veranstaltungen und verändern den Charakter eines Projekts, indem heterogene Gruppen (Alter, soziale Herkunft, Bildung, politische Haltung etc.) aufeinander treffen. Das macht politische Bildung spannend und öffnet neue Perspektiven. Außerdem können unterschiedliche Bildungseinrichtungen andere Zugänge ermöglichen. KooperationspartnerInnen übernehmen oft

auch Anteile der Kosten wie Raummiete, Öffentlichkeitsarbeit, ReferentInnenhonorare oder Organisationsaufwand. Eine frühe Einbindung in die Planung kann vieles erleichtern.

Checklist: KooperationspartnerInnen

- | | |
|--------------------------|--------------------------|
| KooperationspartnerInnen | |
| kontaktiert | <input type="checkbox"/> |
| Zielgruppe erweitert | <input type="checkbox"/> |
| Zielgruppe heterogen | <input type="checkbox"/> |
| Kostenteilung | <input type="checkbox"/> |

III.4 Maßnahmen zur Qualitätssicherung: (bitte ankreuzen)

Interne Evaluation

- | | |
|---|-------------------------------------|
| Monitoring/ Projektdokumentation | <input type="checkbox"/> vorgesehen |
| Fragebogenerhebung bei den TeilnehmerInnen | <input type="checkbox"/> vorgesehen |
| Mündliche Feedbackrunde/n bei den TeilnehmerInnen | <input type="checkbox"/> vorgesehen |
| Regelmäßige Reflexionsrunden des Projektteams | <input type="checkbox"/> vorgesehen |
| Teilnahmebescheinigungen | <input type="checkbox"/> vorgesehen |

Anderes, nämlich:

Externe Evaluation

- | | |
|----------------------|-------------------------------------|
| Projektbegleitend | <input type="checkbox"/> vorgesehen |
| Am Ende des Projekts | <input type="checkbox"/> vorgesehen |

Diese Auswahl dient als Anregung für die ProjektleiterInnen, unterschiedliche Möglichkeiten der Evaluation der Arbeit und der Projektergebnisse in Erwägung zu ziehen. Evaluation sollte alle Beteiligten an einem Bildungsprojekt einbeziehen und durch aussagekräftige Erhebungsdaten verbesserte Lernmöglichkeiten schaffen. Partizipative Evaluation ist nicht nur im Interesse der GeldgeberInnen, sondern möchte gelungene politische Bildung beschreiben und als Feedback dafür dienen.

Evaluation in der politischen Bildung kann sich auf vier wesentliche Dimensionen beziehen: das Konzept (Projektziel, Methode, Inhalt), die Struktur (räumliche Ausstattung, Zeitbudget, Materialien), den Prozess (Ablauf, Reaktionen der TeilnehmerInnen) und das Ergebnis (kognitive und affektive Lernziele, Transferergebnisse). Sie kann keine generellen Aussagen treffen, soll aber etwas über die konkrete Praxis eines Bildungsangebots aussagen.

Im Antrag wird zwischen *interner Evaluation* (Dokumentation des Ablaufs und der Lernschritte, Bewertung des Projekts durch die TeilnehmerInnen, Selbstevaluation des Projektteams, formale Bestätigung der Teilnahme) und *externer Evaluation* (durch unabhängige ExpertInnen) unterschieden. Die Wahl der Evaluationsmethode hängt verständlicherweise vom zeitlichen Umfang des Projekts und dem leistbaren Aufwand ab.

Die Evaluation sollte auch Gender- und Diversityperspektiven nicht vernachlässigen, hier wäre Gelegenheit, die TeilnehmerInnen nach ihren Wahrnehmungen zu befragen.

Checklist: Qualitätssicherung

- Konzept evaluieren
- Struktur evaluieren
- Prozess evaluieren
- Ergebnis
- angemessener Umfang
- Gender- und Diversityaspekte

III.5 Kostenvoranschlag:

Sach- und Personalkosten:
Gesamtsumme:

Die Jury befürwortet kleinere Projekte und Initiativen ebenso wie Bildungsangebote, die für einen längeren Zeitraum geplant und aufwändig sind. Bei einem größeren Projekt sollte der Kostenvoranschlag das Gesamtprojekt

(und nicht nur den bei der ÖGPB eingereichten Teil) darstellen. Im Kostenvoranschlag sollten sämtliche Kosten des Projekts aufgelistet werden, um den Umfang eines Projekts abschätzen zu können. Bei der Erstellung des Kostenvoranschlags ist Plausibilität wichtig. So sollte die Gesamtsumme in Relation zu den gewünschten Projektzielen stehen.

Checklist: Kostenvoranschlag

- plausibel
- ausreichend detailliert
- Kostenvorschläge eingeholt
- einzelne Posten stehen
- verhältnismäßig zueinander

III.6 Finanzierungsplan:

Förderung durch die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung:
Detaillierte Angaben zur beantragten Fördersumme: Sachkosten (inkl. Honorare): Etwaige Personalkosten (Gehälter inkl. Lohnnebenkosten / anerkenntbar bis zu max. 30% der zugesagten Fördersumme):
Sonstige Förderungen / Sponsoring (Bitte mit Angabe, ob angefragt oder zugesagt):
Eigenmittel:

Im Rahmen des Förderansuchens können bis zu EUR 4.500,- beantragt werden. Personalkosten werden im Regelfall bis zu maximal 30% der Fördersumme anerkannt, vorbehaltlich entsprechender Juryentscheidungen.

Beispiel für den Finanzierungsplan:

Förderung durch die ÖGPB: 1 600

Detaillierte Angaben zur beantragten Fördersumme:

Sachkosten:

Honorar ReferentIn	120
Honorar Workshopleitung	560
Fahrtkosten ReferentIn	
(Zugticket, Kilometergeld)	50
Unterkunft Workshopleitung	60
Miete Seminarraum	100
Werbekosten	250
Büromaterialien	80
Versandkosten Bewerbung	20
Kursunterlagen	60

Personalkosten:

Name und Funktion im Projekt	300
------------------------------	-----

Bitte beachten Sie, dass kulinarische Veranstaltungsteile, Buffets und sonstige Verpflegung nicht förderfähig sind und daher nicht abgerechnet werden können.

Bei der Angabe von „Sonstigen Förderungen“ und Eigenmitteln ist es für die Abschätzung des Finanzierungsbedarfs durch die Jury wichtig, nur tatsächlich vorhandene oder zu erwartende Mittel anzuführen. Da ProjektantragstellerInnen ihre Eigenmittel und den tatsächlichen Erhalt „Sonstiger Förderungen“ nicht nachweisen müssen, liegt es in Ihrer Verantwortung und Fairness gegenüber anderen EinreicherInnen, an dieser Stelle korrekte Angaben zu machen. Die Jury bemüht sich, die Ausschüttung der Fördermittel im Sinne der ProjektantragstellerInnen zu befürworten und das Projekt durch eine den Erwartungen entsprechende Förderung zu ermöglichen. Aus diversen Gründen fallen die Fördersummen allerdings manchmal niedriger aus. Daraus resultierende Abweichungen in der Projektabwicklung vom ursprünglichen Projektantrag sind **vor** der Durchführung mit der ÖGPB zu akkordieren. Auch um das Gesamtprojekt nicht zu gefährden, ist es empfehlenswert, zusätzliche Fördermöglichkeiten zur Abdeckung einer etwaigen Differenz in Betracht zu ziehen.

Checklist: Finanzierungsplan

plausibel	
ausreichend detailliert	<input type="checkbox"/>
Kosten-Nutzen-Relation	<input type="checkbox"/>
Förderzusagen realistisch	<input type="checkbox"/>
Eigenmittel plausibel	<input type="checkbox"/>

III.7 Anmerkungen:

Hier können Sie zusätzliche Mitteilungen und Informationen einfügen. So ist es beispielsweise für die Darstellung innovativer Projekte nützlich, Literatur, Internetadressen oder Verweise auf ähnliche Veranstaltungen anzugeben. Möchten Sie ein wichtiges Anliegen genauer erörtern, ist dies der richtige Platz dafür.

III.8 Bankverbindung der einreichenden Institution:

IBAN	lautend auf	Bank
------	-------------	------

Bitte geben Sie die 20-stellige IBAN-Nummer (beginnend mit „AT“) in das vorgesehene Feld ein. Das Konto muss auf die einreichende Institution lauten.

NACH FÖRDERMITTELZUSAGE

Wenn Sie für Ihr Projekt eine Förderung zugesagt bekommen haben, tragen Sie bitte die Veranstaltungen in unseren Veranstaltungskalender ein, sobald diese terminlich fixiert sind.

Bei geförderten Projekten sind Prospekte, Flugblätter, Kursprogramme, Dokumentationen usw. mit dem Hinweis „Gefördert durch die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung“ bzw. mit dem Logo der ÖGPB zu versehen, das unter www.politischebildung.at/projektfoerderung/ downloadbar ist.

Für den Fall, dass die zugesagte Förderung von der beantragten Summe abweicht und sich dadurch etwaige Änderungen gegenüber dem Projektantrag ergeben sollten, ersuchen wir um Bekanntgabe. **Alle weiteren Änderungen gegenüber dem Projektantrag müssen vor der Durchführung mit der Geschäftsstelle der ÖGPB akkordiert werden.**

Nach der Projektdurchführung übermitteln Sie uns bitte postalisch folgende Unterlagen als Verwendungsnachweis für die widmungsgemäße Verwendung der erhaltenen Fördermittel:

- den vom/von der Vertretungsbefugten unterschriebenen Ausdruck des (Online-)Berichtformulars (siehe „Projektbericht“, S. 36),
- einen Ausdruck des ausgefüllten Abrechnungsformulars (siehe „Projektabrechnung“, S. 37),
- die Originalbelege mit Zahlungsnachweis in Höhe der erhaltenen Fördersumme
- und einen Nachweis über die Verwendung des ÖGPB-Förderlogos (z. B. Einladungsfolder, Plakat, Website).

Veranstaltungskalender:

Diese Serviceleistung für geförderte (!) Projekte bietet den durchführenden Einrichtungen die Möglichkeit einer Eintragung in unseren Veranstaltungskalender. ProjektantragstellerInnen werden ersucht, nach Erhalt der Fördermittelzusage die entsprechenden Felder im Online-Veranstaltungskalender auszufüllen.

Um eine Eintragung im Veranstaltungskalender zu platzieren, sind folgende Schritte notwendig:

1. Schritt: Melden Sie sich bitte mit Ihren Zugangsdaten unter www.politischebildung.at/projektfoerderung/veranstaltungskalender-projekte/ an.
2. Schritt: Sie finden nun eine Übersicht Ihrer geförderten Veranstaltungen. Klicken Sie auf [Veranstaltung hinzufügen] unterhalb dieser Liste, um zur Eingabemaske zu gelangen.

Veranstaltung hinzufügen

Geförderte Veranstaltung

Veranstaltungsdaten

Titel der Veranstaltung * UNBENANNTE VERANSTALTUNG Beginn * TT.MM.JJJJ hh:mm Ende TT.MM.JJJJ hh:mm

Details zur Veranstaltung *

Veranstaltungsort:
[...]

Veranstaltende Institution:
[...Kontaktadresse...]
[...Telefon...]
[...Email...]
[...Website...]

Details zur Veranstaltung:
[...]

146 Zeichen

an die ÖGPB zur Freigabe weiterleiten
(kann anschließend nicht mehr bearbeitet werden!)

speichern

3. Schritt: Füllen Sie bitte alle erforderlichen Felder aus.

4. Schritt: Bestätigen Sie die Vollständigkeit der Dateneingabe durch Anklicken des Kästchens: An die ÖGPB zur Freigabe weiterleiten (kann danach nicht mehr bearbeitet werden!)

Es geht automatisch ein Mail an uns, und wir veranlassen die Freischaltung im Kalender so bald wie möglich. Falls sich bei der Vorbereitung Ihrer Veranstaltung Änderungen ergeben, so teilen Sie dies bitte rechtzeitig mit, wir können die korrigierten Daten dann in das System eingeben.

Zur wirksamen Bewerbung ist die Angabe von Adresse und Website wichtig. Es empfiehlt sich, Anmeldemodalitäten, ReferentInnen sowie etwaige Folgetermine zu nennen und zur Beschreibung der Veranstaltung auch die Methoden und die Zielgruppe anzuführen.

Projektbericht:

Um den erfolgreichen Abschluss Ihres Projekts zu dokumentieren, sollten Sie die Durchführung der Aktivitäten im Projektverlauf mit einer Beschreibung der eingesetzten Methoden so übersichtlich und informativ wie möglich gestalten. Zusätzliche detaillierte Projektdokumentationen sollten der ÖGPB per Post zusammen mit der Abrechnung zugesandt werden. Im Projektbericht sollten sich alle Eckdaten der Veranstaltung finden, damit sich der/die LeserIn ein komplettes Bild der Veranstaltung oder des Projekts machen kann. Besonders der Punkt „Lessons Learned“ kann für Hinweise auf Erfahrungen mit Didaktik, Themenaufbereitung oder Nachhaltigkeit genützt werden. Der Projektbericht wird mit den Angaben des Projektantrags verglichen. Es ist daher wichtig, etwaige **vor** der Durchführung mit der Geschäftsstelle akkordierten Änderungen zu beschreiben.

1. Schritt: Melden Sie sich bitte mit Ihren Zugangsdaten an unter: www.politischebildung.at/projektfoerderung/abrechnung-und-bericht/
2. Schritt: Gehen Sie dann beim entsprechenden Projekt auf [Projektbericht anlegen].
3. Schritt: Füllen Sie alle erforderlichen Felder aus und betätigen Sie den Speicherbutton am unteren Ende der Eingabemaske.
4. Schritt: Vollständig ausgefüllte Projektberichte sind grün hinterlegt, unvollständige rot. Ergänzen Sie gegebenenfalls die vorgeschriebenen Angaben in der Eingabemaske und verwenden Sie den Button [Bericht einreichen], um den Bericht abzuschließen. Danach kann der Bericht nicht mehr bearbeitet werden.
5. Schritt: Durch Anklicken des Buttons [Bericht als PDF] am Ende des Formulars kommen Sie zur Druckversion des Berichts. Bitte schicken Sie den ausgedruckten, von der/dem Vertretungsbefugten unterschriebenen Bericht samt Abrechnungsunterlagen per Briefpost an die ÖGPB.

Projektabrechnung:

Sie finden eine Download-Vorlage für die Aufstellung Ihrer Originalbelege und Zahlungsnachweise unter dem Menüpunkt „Abrechnung und Bericht“.



1. Schritt: Zugang wie beim Berichtsf formular
2. Schritt: Klicken Sie den Link „Excel-Download: Abrechnungsf formular“ im gelben Info-Kasten rechts an und speichern die Datei auf Ihrem Rechner. Als Orientierungshilfe für das Ausfüllen finden Sie unterhalb eine Beispielabrechnung.
3. Schritt: Tragen Sie jedenfalls die Projektnummer, das Antragsjahr, Ihre Institution (= Projektträger) und die erhaltene Fördersumme ein.
4. Schritt: Bitte tragen Sie die Information zu den Originalbelegen in Tabelle 1 bzw. bei Bedarf auch in Tabelle 2 ein.
5. Schritt: Die ausgefüllte Liste bitte einmal ausdrucken und mit den Originalbelegen inklusive Zahlungsnachweis, dem ausgedruckten und von der/dem Vertretungsbefugten unterschriebenen Projektbericht und dem Nachweis über die Verwendung des ÖGPB-Logos/Fördervermerks (im Original oder als Ausdruck) innerhalb von 3 Monaten nach Projektabschluss bzw. bis spätestens 30. September 2021 (Datum des Poststempels) per Briefpost an die ÖGPB schicken.

Die/der Unterzeichnende haftet für die Richtigkeit der inhaltlichen Angaben und der Abrechnungsunterlagen und bestätigt, dass ausschließlich Originalbelege vorgelegt werden. Nicht widmungsgemäß verwendete Fördermittel sind rückzuerstatten.

ANHANG

DIE ÖSTERREICHISCHE GESELLSCHAFT FÜR POLITISCHE BILDUNG

Die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung ist eine Einrichtung zur Förderung von Projekten der Erwachsenenbildung u. a. im Rahmen der jährlichen Projektausschreibung. Die Fördermittel werden an Bildungseinrichtungen und NGOs in den **Mitgliedsbundesländern** Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg vergeben. Die aus Mitteln des BMBWF und dieser Länder geförderten Projekte können ab 1. August 2020 bis 31. August 2021 durchgeführt werden. Die diesjährigen empfohlenen Schwerpunktthemen sind „Klima und soziale (Un-)Gerechtigkeit“, „Zwischen Neutralität und Indoktrination“, „Neuer Antisemitismus und alter Rassismus?“, „Die Politik des kollektiven „Wir““ und „Freizügigkeit für Waren, nicht für Menschen?“.

Die ÖGPB bietet außerdem Trainings und Workshops zu Methoden und Didaktik der politischen Erwachsenenbildung an, die auch als Unterstützung bei der Entwicklung und Durchführung von Projekten dienen können. Das Bildungsprogramm und die Termine finden sich auf der Website der ÖGPB. Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren, werden Sie rechtzeitig über die einzelnen Veranstaltungen informiert.

www.politischebildung.at/newsletter/anmeldung/

BEDINGUNGEN PROJEKTAUSSCHREIBUNG für Einrichtungen der Erwachsenenbildung auf kommunaler, regionaler oder Landesebene

Die „Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung“ stellt für Projekte zur politischen Bildung im Rahmen der österreichischen Erwachsenenbildung Mittel zur Verfügung.

Es gelten derzeit folgende Förderungsrichtlinien:

- 1.1. Gefördert werden Veranstaltungen von Einrichtungen der Erwachsenenbildung auf kommunaler, regionaler oder Landesebene, die Bürgerinnen und Bürger befähigen, sich mit Fragen der politischen Bildung und Politik auseinander zu setzen, und zur politischen Mitgestaltung anregen.
- 1.2. Im Sinne einer angestrebten Kompetenzsteigerung bei der Vermittlung von politischer Bildung werden auch Veranstaltungen für MultiplikatorInnen, die in der Erwachsenenbildung tätig sind, gefördert. Diese Bildungsmaßnahmen müssen verbands- bzw. institutionsübergreifend sein und in Kooperation mit anderen Bildungseinrichtungen, Verbänden und Institutionen geplant und durchgeführt werden.
- 2.1. Gefördert werden im Besonderen Bildungsmaßnahmen, die mindestens drei der folgenden Aspekte aufweisen:
 - a) Erwerb von Wissen über politische Strukturen und Prozesse;
 - b) Förderung des Menschenrechtsbewusstseins und des demokratischen Handelns;
 - c) Stärkung von politischer Analyse- und Urteilsfähigkeit sowie von kritischem Bewusstsein;
 - d) Ermutigung zu politischer Partizipation und Vermittlung von Handlungskompetenz;
 - e) Erlernen und Üben von sozialen Kompetenzen und Konfliktfähigkeit;

- f) Entwicklung von Zivilcourage und Engagement gegen Rassismus, Sexismus und alle anderen Formen von Diskriminierung.
- 2.2. Bei den beantragten Projekten ist weiters zu beachten:
 Projekte, die Aspekte des Gender und Diversity Mainstreamings berücksichtigen, werden aufgrund der positiven Zielsetzungen des Gender und Diversity Mainstreamings bevorzugt gefördert. (Vgl. Antragsformular I.5.)
Es wird darauf hingewiesen, dass Projektanträge eine explizite Verwendung der geschlechtergerechten Form (z. B. ProjektantragstellerIn) und eine diversitätssensible Sprache aufweisen müssen.
- 2.3. Der Ausschreibung der ÖGPB ist eine Checkliste mit Qualitätskriterien als Anhang beigefügt, die bei der Planung und Durchführung der Projekte unterstützend herangezogen werden soll. Alle AntragstellerInnen werden darauf hingewiesen, dass die Einbeziehung der Qualitätskriterien im Projektantrag bei der Projektförderung mitberücksichtigt wird. Es wird empfohlen, eine dem Anspruch und dem Ausmaß des Bildungsangebots entsprechende Auswahl an Qualitätskriterien bei der Konzeption der Projekte miteinzubeziehen.
3. Gefördert werden Bildungsmaßnahmen bis zu einem Betrag von max. EUR 4.500,- (viertausendfünfhundert Euro) und zwar nur in jenen Bundesländern, die Mitglied der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung sind (derzeit Burgenland, Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg).
4. Nicht gefördert werden
 a) Veranstaltungen, die keine spezifischen politischen Inhalte aufweisen (z. B. Rhetorikkurse, Sprachkurse, Alphabetisierungskurse, therapeutisch orientierte Veranstaltungen); Veranstaltungen mit künstlerischem Schwerpunkt, Veranstaltungen mit Familien- u. Erziehungsschwerpunkt;
 b) Bildungsreisen ins Ausland, die nicht überwiegend Politische Bildung zum Inhalt haben;
- c) verbands- bzw. institutionsinterne Aus- und Weiterbildung von MitarbeiterInnen der Erwachsenenbildung;
 d) Publikationen.
5. Um Mittel einreichen können Einrichtungen der Erwachsenenbildung, die auf kommunaler, regionaler oder Landesebene tätig sind, nicht jedoch bundesweit tätige Zentralorganisationen. Die einreichenden Einrichtungen müssen nicht einem der zehn Verbände der KEBÖ angehören. Es können höchstens drei Projekte pro Institution (Sitz der Institution) eingereicht werden. Ein gewichtiges Kriterium für die Förderung stellt das Prinzip der Gemeinnützigkeit dar. Vorhaben und Organisationen, die nach dem „Parteiengesetz“ oder dem Bundesgesetz über die Förderung politischer Bildungsarbeit und Publizistik gefördert werden, können nicht um Mittel der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung einreichen, ebenso Gebietskörperschaften. (Ausgenommen sind Erwachsenenbildungs-Einrichtungen in Trägerschaft von Gebietskörperschaften.) Statuten oder Satzungen sind auf Verlangen nachzureichen.
6. EINREICHFRIST
 Einreichungen sind per Online-Formular bis spätestens 30. April 2020 auszufüllen. Bei Fragen sind Hilfestellungen für die Online-Einreichungen unter Tel. 01 504 68 51 oder 01 504 68 58 bzw. per Mail an gesellschaft@politischebildung.at erhältlich.
7. Bei geförderten Projekten sind Prospekte, Flugblätter, Kursprogramme, Dokumentationen usw. mit dem Hinweis „Gefördert durch die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung“ bzw. mit dem Logo der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung zu versehen, das unter www.politischebildung.at/projektfoerderung/ abrufbar ist.
8. Die Durchführung der bewilligten Projekte muss in der Zeit vom **1. August 2020 bis 31. August 2021** erfolgen und muss mit dem Projektantrag übereinstimmen. Änderungen gegenüber dem Projektantrag sind vor der Durchführung mit der Geschäftsstelle der ÖGPB zu akkordieren.

9. Die Abrechnung der Projektmittel hat mit dem Abrechnungsformular und den Originalbelegen inkl. Zahlungsnachweis innerhalb von 3 Monaten nach Projektabschluss bzw. bis spätestens 30. September 2021 zu erfolgen. Gleichzeitig mit der Abrechnung ist der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung mit dem dafür vorgesehenen Online-Formular auch ein Bericht über die Durchführung des Projektes einschließlich der entsprechenden statistischen Daten (insbesondere TeilnehmerInnenzahlen) zu übermitteln. Nicht widmungsgemäß verwendete Fördermittel sind rückzuerstatten.

Über die Projektvergabe entscheidet der Vorstand der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung unter Einbeziehung einschlägiger ExpertInnen aus dem jeweiligen Bundesland bis spätestens Ende Juni 2020 nach eingehender Prüfung der Projektanträge.

CHECKLISTE MIT QUALITÄTSKRITERIEN zur Einreichung eines Projektförderantrags bei der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung

Vorbereitung:

- Übersicht verschaffen, welche ähnlichen Projekte bereits stattgefunden haben, Vergleich der Methoden und inhaltlichen Ansprüche.
- Einbeziehung möglicher ProjektpartnerInnen und Institutionen in die Konzeption und Durchführung.
- Interessen und Bedarf potenzieller TeilnehmerInnen bei der inhaltlichen und methodischen Konzeption berücksichtigen.
- Nachweis der fachlichen und pädagogischen Kompetenzen des/r Projektleiters/in bzw. der durchführenden ErwachsenenbildnerInnen.
- Detaillierte Beschreibung des Ablaufs und der Methodik unter Bezugnahme auf die Zielsetzungen, bei längerfristigen Projekten Erstellung einer Programmplanung mit Zeitablauf der Veranstaltung (ab einer mindestens ganztägigen Veranstaltung notwendig).
- Mögliche Lernprozesse nach Beendigung des Projekts im Sinne der Nachhaltigkeit berücksichtigen.
- InteressentInnen sollen die Möglichkeit haben, sich vor Beginn der Veranstaltung über Anforderungen, Methodik und eine mögliche Anwendung der vermittelten Qualifikationen informieren zu lassen, auch Rechtsträger und Institution der Veranstaltung sowie die/der inhaltlich Verantwortliche sollen bekannt gemacht werden.

Durchführung und Nachbereitung:

- Art und Ausstattung der Lehrräume sollen modernen, erwachsenenpädagogischen Kriterien entsprechen.
- Während des Projekts ist eine Person (und deren Erreichbarkeiten) bekannt zu geben, der etwaige Probleme, Kritik, Reklamationen mitteilbar sind.
- Am Ende jedes geförderten Projekts ist den TeilnehmerInnen, wenn möglich (z. B. Seminare, Workshops, Trainings, etc.), eine Teilnahmebescheinigung auszustellen mit: Thema – Art und Zeitraum der Veranstaltung – Stundenanzahl – Einrichtung.
- Kontinuität des Projekts (Etablierung einer Veranstaltungsform, Jour fixe, Projektpartnerschaften, etc.) überdenken.
- Begleitende Forschung im Bereich von Weiterbildungsbedarf, Angebotsstruktur und bildungssoziologischen Grundlagen betreiben, Weiterentwicklung von Qualitätskriterien.
- Der Evaluationsbogen soll, wenn die Konzeption der Veranstaltung dies ermöglicht (z. B. Seminare, Workshops, Fachtagungen, etc.), an alle TeilnehmerInnen übermittelt werden; mit dem Projektbericht wird nach Beendigung des Projekts auch eine Auswertung des Evaluationsbogens an die ÖGPB geschickt.

Die an die ÖGPB übermittelten Projektberichte müssen im Online-Formular ausgefüllt werden, Bezug auf die Qualitätsmerkmale nehmen und mit den Angaben des Projektantrags übereinstimmen. Gleichzeitig mit dem von der/dem Vertretungsbefugten unterschriebenen Bericht ist eine **Abrechnung der Projektmittel mit dem downloadbaren Abrechnungsf formular und den Originalbelegen inkl. Zahlungsnachweis** sowie der Nachweis über die Verwendung des ÖGPB-Logos/Fördervermerks (im Original oder als Ausdruck) innerhalb von 3 Monaten nach Projektabschluss bzw. bis spätestens 30. September 2021 postalisch an die ÖGPB zu senden. Nicht widmungsgemäß verwendete Fördermittel sind rückzuerstatten.

LITERATUREMPFEHLUNGEN

- Achour, Sabine; Gill, Thomas (Hrsg.): „Was politische Bildung alles sein kann. Einführung in die politische Bildung“, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2017
- Ahlheim, Klaus: „Bilanz und Perspektiven politischer Erwachsenenbildung“. In: „Politische Bildung als Wissenschaft, Bilanz und Perspektiven“, Schriftenreihe der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (Hrsg.), Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2002
- Baumgartner, Rahel; Gürses, Hakan (Hrsg.): „Im Blickwinkel: Politische Erwachsenenbildung in Österreich“, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2015
- Breit, Gotthard; Schiele, Siegfried (Hrsg.): „Demokratie braucht politische Bildung“, Bundeszentrale für politische Bildung, Wochenschau Verlag, Bonn, 2004
- Bundeszentrale für politische Bildung, Deutsches Institut für Menschenrechte, Europarat (Hrsg.), „Kompass – Handbuch zur Menschenrechtsbildung für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit“, 2005
- Decker, Frank (Hrsg.): „Populismus in Europa“, Bundeszentrale für Politische Bildung, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2006
- Diendorfer, Gertraud (Hrsg.): „Demokratie-Bildung in Europa, Herausforderungen für Österreich, Bestandsaufnahme, Praxis, Perspektiven“, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2006
- Frech, Siegfried; Richter, Dagmar (Hrsg.): „Der Beutelsbacher Konsens. Bedeutung, Wirkung, Kontroversen“, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2017
- Gürses, Hakan: „Mühen der Ebene im Land der Berge“. In: Klaus-Peter Hufer, Dirk Lange (Hg.): „Handbuch politische Erwachsenenbildung“, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2015
- Hufer, Klaus-Peter; Lange, Dirk (Hrsg.): „Handbuch Politische Erwachsenenbildung“, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag, 2016

- Hufer, Klaus-Peter; Scheurich, Imke; Pohl, Kerstin (Hrsg.): „Positionen der politischen Bildung: Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung“, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2004
- Klingler, Reinhold: „Teilnehmernahe Erwachsenenbildung. Von den Bildungsfernen zu den Teilnehmern“, Tiroler Bildungsinstitut Grillhof (Hrsg.), Igls-Vill, 2004
- Lange, Dirk (Hrsg.): „Methoden politischer Bildung“, Basiswissen Politische Bildung, Band 6 von 6, Schneider Verlag Hohengehren, 2007
- Lösch, Bettina; Trimmel, Andreas (Hrsg.): „Kritische politische Bildung, Ein Handbuch“, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2010
- Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): „Standortbestimmung Politische Bildung“, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2009
- Praxis Politische Bildung, Materialien, Analysen, Diskussionen: „Was ist politische Bildung wert? Evaluation, der aktuelle Stand“, Juventa Verlag, Heft 1/2004
- Sander, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch politische Bildung“, Bundeszentrale für politische Bildung, Wochenschau Verlag, Bonn, 2005
- Siebert, Horst: „Methoden für die Bildungsarbeit, Leitfaden für aktivierendes Lehren, Perspektive Praxis“, W. Bertelsmann Verlag Bielefeld, 2004
- Ulrich, Susanne; Wenzel, Florian M.: „Partizipative Evaluation, Ein Konzept für die politische Bildung“, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2003
- VÖGB, AK Wien (Hrsg.), „Lieber gleich berechtigt. Leitfaden für gendergerechte gewerkschaftliche Erwachsenenbildung“, Wien 2007, downloadbar auf http://www.voegb.at/cms/S08/S08_4.2.2.a/1342534297470/service/downloads/materialien/lieber-gleich-berechtigt
- Weißeno, Georg u.a. (Hrsg.): „Wörterbuch Politische Bildung“, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts., 2007